

DS Nr. 21-26 - 0534

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Hendrik Hollender
Mainzer-Tor-Anlage 6
61169 Friedberg

E: 12.09.2022



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Stadtverordnetenversammlung Friedberg / Hessen

Fraktionsvorsitzender: Markus Fenske
Ober-Wöllstädter-Straße 13
61169 Friedberg/H
Tel. +49 (0) 1722087797
eMail: Markus.Fenske@gruene-friedberg.de

Freitag, 9. September 2022

Sehr geehrter Herr Hollender,

bitte setzen Sie folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

Betr.: Erarbeitung und Implementierung eines städtischen Hitzeschutzaktionsplans

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat der Stadt Friedberg wird beauftragt, zeitnah Vorsorgevorkehrungen für Bürger*innen mit Blick auf Hitzewellen-Ereignisse zu treffen und **bis Mitte 2024** einen Hitzeschutzaktionsplan für die Stadt zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen zu implementieren.
2. Die Verwaltung prüft zudem, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um gesundheitsschädliche Auswirkungen langanhaltender Hitzeperioden zu verhindern. Besonderen Wert wird hierbei auf Handlungen in Pflege- und Seniorenheimen, Schulen, Kindertagesstätten und Kliniken sowie für Menschen ohne festen Wohnsitz gelegt.
3. Zu den Maßnahmen zählen beispielhaft:
 - die Sicherstellung der flächendeckenden Nutzung des Hitzewarnsystems des Deutschen Wetterdienstes
 - eine hitzeresiliente Innenstadt-, Erhaltung und Neuanpflanzung von Bäumen, Dach- und Fassadenbegrünung
 - Hitzereduktion durch Freihalten bzw. Schaffen von Luftleitbahnen und Kaltluftentstehungsgebieten
 - Reduzierung des Versiegelungsgrades von offenen und öffentlichen Plätzen zur Vermeidung der Entstehung von hohen Hitze- und UV-Belastungen aufgrund von Reflexion
 - ein Verschattungskonzept für den öffentlichen Raum – insbesondere für Haltestellen des ÖPNV und für öffentliche Plätze
 - die Einrichtung öffentlicher, kostenloser Trinkwasserspender gemäß Antrag der Grünen vom 7.10.2021
 - die Öffnung von gekühlten Räumen für Menschen ohne festen Wohnsitz sowie Zugang zu Hygienemöglichkeiten und eine sichere Wasserversorgung

- die Bereitstellung von mehrsprachigen Informationen rund um das Thema Hitze, insbesondere für das persönliche Verhalten, in digitaler (zum Beispiel auf der städtischen Homepage) und gedruckter Form (zum Beispiel zur Auslage in öffentlichen Einrichtungen)

Begründung:

Immer häufiger wird auch Deutschland in der Sommerzeit von extremen und anhaltenden Hitzewellen heimgesucht. In Folge des Klimawandels hat sich die Zahl der Hitzeperioden seit der Jahrtausendwende bereits deutlich erhöht. Extremwetterlagen bringen bereits jetzt schon Hitzewellen mit sich, bei denen gesundheitsbelastende Temperaturen mehrtägig mit mehr als 30 Grad Celsius vom Deutschen Wetterdienst in Mitteleuropa gemessen werden und — besonders belastend — auch die nächtlichen Temperaturen nicht unter 20°C sinken. Es wird damit gerechnet, dass noch in diesem Jahrzehnt Hitzeperioden mit Werten über 40°C in unseren Breitengraden zur Normalität werden.

Derartige Hitzewellen stellen eine Gefahr für die menschliche Gesundheit dar:

Laut Meldung des Statistischen Bundesamtes beträgt der Anstieg der Sterblichkeit zwölf Prozent allein im Juli 2022 gegenüber dem Schnitt der vergangenen vier Julimonate. Bedeutet nominell: ein Plus von über 9.000 bei über 85.000 Toten insgesamt.

Vor allem Städte und Kommunen sind daher angehalten, im Rahmen von Klimaanpassungsstrategien entsprechende Präventionsmaßnahmen und Aktionspläne zu entwickeln, um insbesondere hitzevulnerable Bevölkerungsgruppen wie sehr junge und ältere Menschen zu schützen und mit Blick auf den städtisch-öffentlichen Raum zusätzliche Wärmebelastungen so gering wie möglich zu halten.

Es wird gefordert, dass kurzfristig Hitzevorsorge-Informationen auf der städtischen Webseite für Bürger* innen an leicht zugänglicher Stelle bereitzustellen sind. Dabei kann u.a. auf die Webseite des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (<https://soziales.hessen.de/gesundheit/hitzeaktionsplan>) zurückgegriffen werden. Auch die Online-Seite des Deutschen Wetterdienstes zu Hitzewarnungen ist zu integrieren (https://www.dwd.de/DE/wetter/warnungen/warnWetter_node.html).

Der Magistrat soll darüber hinaus notwendige Maßnahmen im Rahmen eines mehrstufigen Hitzeaktionsplanes erfassen und bündeln sowie notwendige Vorkehrungen zu deren Realisierung treffen. Entsprechende "Handlungsempfehlungen zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit" bietet das BMU an.

Bei der Stadtplanung und im Bauwesen ist zukünftig bei der Ausgestaltung von Neubaugebieten, öffentlichen Gebäuden, Spiel- und Freizeitplätzen der Faktor Hitzebelastung zu berücksichtigen, um die Folgen einer Hitzewelle abzumildern.



Gudrun Friedrich
(Antragstellerin)



Markus Fenske
(Fraktionsvorsitzender)